

Antisemitismus – Zum historischen Hinter- grund der aktuellen Debatte

Kathrin Zehender

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung	2
2. Religiöser Antijudaismus – Von der Antike bis zur Neuzeit	4
3. Der Übergang zum modernen Antisemitismus	6
4. Radikalisierung: Antisemitismus in der Weimarer Republik	9
5. Hitlers Antisemitismus und die Vernichtung der europäischen Juden	11
6. Antisemitismus in der Bundesrepublik	14
7. Antisemitismus in der DDR: Ablehnung jeglicher Verantwortung	18
8. Antisemitismus in der Bundesrepublik nach 1990	20
9. Resümee	22
10. Literatur	23



1. Einführung

Empirische Befunde und aktuelle Ereignisse machen deutlich: Antisemitismus hat in den vergangenen Jahren keineswegs abgenommen. Einer im Oktober 2019 veröffentlichten Studie des Jüdischen Weltkongresses zufolge breitet er sich gerade auch in Deutschland weiter aus: Rund 27 Prozent der Deutschen hegen demnach antisemitische Gedanken. Die im Dezember 2018 veröffentlichte Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte stellt ebenfalls einen Anstieg des Antisemitismus in ganz Europa fest. Rund 90 Prozent der befragten Jüdinnen und Juden sind der Meinung, dass Antisemitismus in ihrem Land zunimmt. 41 Prozent der 1.233 deutschen Befragten teilten mit, im vergangenen Jahr eine antisemitische Erfahrung gemacht zu haben. Dabei ist die Zahl der Delikte nirgends so hoch wie in Berlin: Allein 2018 verzeichnete die Polizei rund 300 Straftaten. Aufschlussreich sind auch die Ergebnisse einer Langzeitstudie der TU Berlin zu Antisemitismus im Netz. Darin stellen die Forscher eine starke quantitative Zunahme antisemitischer Äußerungen, aber auch eine Radikalisierung in den Aussagen fest.

Im Oktober 2019 schockierte der Anschlag auf die Synagoge in Halle. Die unbegreifliche Tat löste eine internationale Debatte aus. Schon zuvor standen aber auch die antisemitischen Vorfälle in Frankreich im Zuge der sogenannten Gelbwesten-Demonstrationen im Mittelpunkt, die im Februar 2019 im Angriff auf den Philosophen Alain Finkielkraut gipfelten. In Deutschland wurden weitere Vorfälle beobachtet, wie der Anschlag auf ein jüdisches Lokal in Chemnitz im September 2018 oder die Attacke auf einen Kippa tragenden jungen Mann in Berlin im April 2018. Äußerten Historiker und Demoskopien in den 1980er Jahren noch die vorsichtige Prognose, der Antisemitismus könne insgesamt zurückgehen, besteht heute kein Anlass zu dieser Hoffnung.

Suche nach dem „wahren“ Antisemitismus

Die aktuelle Debatte birgt jedoch einige Fallstricke. So verfügen wir heute über umfangreiches statistisches Material. Allerdings wird bei Statistiken zu antisemitischen Straftaten oft nur unzureichend differenziert: So werden zum Beispiel antisemitische Straftaten als rechtsextrem eingestuft, wenn der Hintergrund des Täters nicht ermittelt werden kann, was dazu führt, dass die Aussagekraft der Statistik beeinträchtigt wird. Denn nicht aufgeklärte Straftaten können auch von islamistischen oder linksextremen Tätern begangen worden sein. Auch stellen Antisemitismus-Experten immer wieder fest, dass es heute ein Seilziehen um den „wahren“ Antisemitismus gebe, wobei häufig Israelkritik, Antizionismus und Antisemitismus miteinander vermengt würden. Dabei werden auch Gemeinsamkeiten und Grenzen zwischen rechtem, linkem und muslimischem Antisemitismus nicht hinreichend herausgestellt. So sehen sich rechte Populisten heute als Beschützer der Juden vor dem Antisemitismus muslimischer Einwanderer, kritisieren aber gleichzeitig jene Teile der Erinnerungskultur, die sich dem Mord an den Juden Europas widmen – die Koordinaten haben sich verschoben und sind unübersichtlicher geworden.

Ein Blick auf die historischen Hintergründe kann jedoch helfen, auch die aktuelle Debatte besser zu verstehen und die unterschiedlichen Formen des modernen Antisemitismus differen-

ziert zu betrachten. Aus diesem Grund ist es angebracht, die Ursprünge des Antisemitismus, aber auch den Begriff an sich zu beleuchten. So wird der Terminus Antisemitismus heute für sämtliche Formen der Judenfeindschaft gebraucht: für judenfeindliche Äußerungen, Ressentiments, Einstellungen oder Handlungen – unabhängig davon, ob diese religiös, rassistisch oder sozial motiviert sind. Davon zu unterscheiden ist der religiös motivierte christliche Antijudaismus. Die Entwicklung der Terminologie spiegelt indessen auch die verschiedenen Phasen der nunmehr 2000 Jahre andauernden Judenfeindschaft wider. Im Folgenden sollen daher die großen Linien dieser Entwicklung bis hin zum heute vorherrschenden Antisemitismus in seinen spezifischen Ausprägungen nachgezeichnet werden.



2. Religiöser Antijudaismus – Von der Antike bis zur Neuzeit

Die Wurzeln der Judenfeindschaft reichen zurück bis in die Antike. Während die Urkirche in den ersten eineinhalb Jahrhunderten nach Christus Judenverachtung oder Judenfeindschaft noch nicht kannte und sich der Heilige Paulus im Römerbrief gegen jede Leugnung der Zugehörigkeit von Jesus zum Volk Israel wandte, setzten in der zweiten Hälfte des zweiten Jahrhunderts nach der Zerstörung des Tempels und dem Beginn der jüdischen Diaspora systematische Schmähungen ein. Als „Mörder Jesu Christi“ – so die Überzeugung der Christen – wurde den Juden die Zugehörigkeit zum neuen Bund mit Gott abgesprochen. Stattdessen seien die Juden dazu verdammt, heimatlos in der Welt umherzuirren. In seiner Schrift *Adversus Iudaeos* erweiterte der Kirchenvater Augustinus (345–407) dieses Motiv: So sei die Heimatlosigkeit der Juden gerade ein Beweis für die Wahrheit der christlichen Religion, sodass die Juden dazu bestimmt seien, auf ewig unter der Herrschaft der Christen zu leben.

Antijudaismus im Mittelalter: „Brunnenvergiftung“, „Wucher“, „Weltverschwörung“

Mit der Ausbreitung des Christentums im Römischen Reich seit dem 4. Jahrhundert verbreiteten sich auch die antijüdischen Vorwürfe und wurden im Mittelalter um neue religiöse, aber auch soziale und ökonomische Motive erweitert. Der Vorwurf des Ritualmordes, der Hostienschändung oder der Brunnenvergiftung zu Zeiten der Großen Pest sowie der Wuchervorwurf hatten ihren Ursprung in der Zeit ab dem 12. Jahrhundert. Da Juden weitgehend aus dem öffentlichen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen waren und ihnen sowohl die Landwirtschaft als auch das Handwerk verschlossen blieben, konnten ihnen vielfach nur der Handel sowie die Kreditwirtschaft die Existenz sichern. Zu den im Mittelalter entstandenen Mythen zählt schließlich auch die Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung. So erweckte der durch die gesellschaftliche Ausgrenzung bedingte enge Zusammenhalt der jüdischen Gemeinden den Eindruck einer weltweiten jüdischen Gemeinschaft, eines „Weltjudentums“. Die Juden wurden zu einem fiktiven Kollektiv, welches das Ziel verfolge, die Weltherrschaft zu übernehmen. Schon mit der angeblichen Brunnenvergiftung hätten Juden den Plan verfolgt, Christen durch die Pest auszurotten.

Hochmittelalter: Zwangstaufen, Massaker und Vertreibungen

Der Antijudaismus des Mittelalters zeigte sich auch in konkreten, gewaltsamen Handlungen. Besonders zur Zeit der Kreuzfahrer im 11. Jahrhundert kam es zu großen Verfolgungswellen: Auch in der Heimat sollten die „Ungläubigen“ bekehrt werden. Die Folgen waren Massaker an Juden, die sich nicht taufen ließen, Synagogen wurden zerstört und viele Juden gewaltsam getauft. Hatten die Juden lange Zeit unter dem Schutz der Fürsten und Könige gestanden, die ihrerseits auf die jüdischen Finanziere angewiesen waren, nahm deren Macht im Hochmittelalter immer weiter ab, während die Kirche ihren Machtbereich ausdehnen konnte und die Schutzrechte der Juden nach und nach aufhob. In der Folge kam es in ganz Europa zu Aus-

weisungen und Vertreibungen, so 1290 aus England und 1394 aus Frankreich, und auch wenn im Heiligen Römischen Reich – auf dem Gebiet des heutigen Deutschland und Italien – lebende Juden nicht vertrieben wurden, verschlechterte sich ihre Situation auch dort drastisch. Es kam zu Zwangstauften, Juden wurden ghettoisiert und dämonisiert.

Reformation: Keine Besserung der Lage

Das wesentlich von der katholischen Kirche geformte negative Judenbild wurde so über Jahrhunderte hinweg zu einem festen Bestandteil der Volksfrömmigkeit – daran änderte sich auch mit der Reformation nichts. So hatte Martin Luther zwar zunächst für einen besseren Umgang mit den Juden geworben und sich insbesondere gegen die weitverbreiteten Zwangstauften ausgesprochen. Als sich seine Hoffnung, die Juden dadurch zur Konversion zu bewegen, nicht erfüllte, kam es zu einem neuen Aufflammen der alten Judenfeindschaft, von der sich auch der Reformator erfassen ließ und die sich 1543 in Luthers Schrift *Von den Juden und ihren Lügen* niederschlug. Vor dem Hintergrund des großen Einflusses Luthers sowie der Reichweite seiner auf Deutsch verfassten Schriften hatten seine Ausführungen größeres Gewicht und dienten Antisemiten in den folgenden Jahrhunderten als Argumentationshilfe.

Aufklärung: Ambivalentes Verhältnis zum Judentum

Blieb der Antijudaismus im folgenden Jahrhundert in weiten gesellschaftlichen und kirchlichen Kreisen Konsens, war die Aufklärung durch ein ambivalentes Verhältnis zum Judentum geprägt: Während die katholische Kirche gegen die Ideen der Aufklärung kämpfte und in diesem Zusammenhang auch ihre antijüdischen Vorurteile und Mythen erneuerte, argumentierten Protestanten wie auch die liberalen Reformer gerade mit den Idealen der Aufklärung: So sei das Judentum eine rückständige Religion, die nicht mit der Vernunft in Einklang zu bringen sei. Würden die Juden gleichberechtigt, so die Vorstellung, müssten sie im Gegenzug ihr „Judensein“ aufgeben.

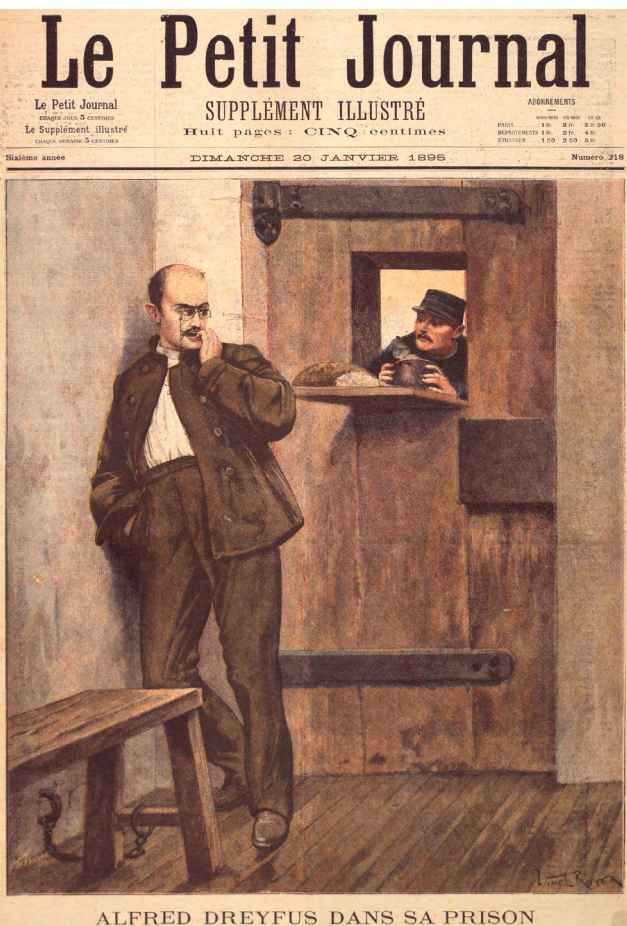
19. Jahrhundert: Verbesserte rechtliche Stellung

Mit der Aufklärung und schließlich mit dem Durchbruch des Liberalismus im 19. Jahrhundert ging dennoch eine deutliche Verbesserung der rechtlichen Stellung der Juden einher, die ihre neugewonnenen Freiheiten – insbesondere die Aufhebung zahlreicher Berufsbeschränkungen – erfolgreich zum sozialen Aufstieg nutzten. Gleichwohl erhob sich gegen den Liberalismus wie auch gegen die Judenemanzipation Widerstand.

So konnte von einer vollen Gleichberechtigung nie die Rede sein, und jüdenfeindliche Unruhen, wie die gewaltsamen Hep-Hep-Unruhen 1819 in Würzburg, zeigten, dass antijüdische Vorurteile weiter Bestand hatten. Zudem bedeutete der wirtschaftliche und soziale Aufstieg, dass Juden zunehmend als Konkurrenz betrachtet wurden. Da Juden nach wie vor eine militärische Laufbahn und der Staatsdienst verschlossen blieben, wandten sie sich vielfach den freien Berufen zu und wurden Ärzte, Rechtsanwälte oder Journalisten. Von der beginnenden Industrialisierung profitierten nicht zuletzt auch der Handel und das Bankwesen – beides Bereiche, in denen Juden aufgrund der früheren Beschränkungen noch immer überproportional vertreten waren.

3. Der Übergang zum modernen Antisemitismus

Das 19. Jahrhundert war nicht nur die Zeit des Liberalismus und der Judenemanzipation, sondern markierte auch den Übergang vom bis dahin in erster Linie religiös motivierten Antijudaismus hin zum modernen Antisemitismus als soziale und politische Bewegung. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern war ein neu aufflammender Juden Hass zu beobachten: So gab es besonders in Russland immer wieder Pogrome gegen Juden.



Dreyfus-Affäre

In Frankreich beschuldigten Ende des 19. Jahrhunderts reaktionäre Kräfte die Juden, für den Verfall Frankreichs verantwortlich zu sein. Weithin bekannt ist bis heute die Dreyfus-Affäre. 1894 wurde der aus dem Elsass stammende jüdische Hauptmann Alfred Dreyfus der Spionage beschuldigt, verurteilt und auf die Teufelsinsel verbannt. Obwohl seine Unschuld später bewiesen werden konnte, hatten die an der Verurteilung Mitwirkenden kein Interesse an einer Revision, fürchteten sie doch um ihre Glaubwürdigkeit und ihre Karriere. Ein Skandal sollte verhindert werden, was nicht gelang. Nach einem offenen Brief des Journalisten Emile Zola im Januar 1897 an den französischen Staatspräsidenten („J'accuse“) wurde die Affäre öffentlich und Politiker und Intellektuelle bekannten sich als „Dreyfusards“ und „Antidreyfusards“, wobei sich die jeweiligen Lager nicht pauschal als links (Dreyfusards) oder rechts (Antidreyfusards) ordnen ließen. Tatsächlich gab es unter den Antidreyfusards von Anfang an Sozialisten, aber auch extreme Nationalisten. Die Affäre führte so in Frankreich zu einer Neuordnung des politischen Spektrums und bereitete den Radikalen, d. h. den antiklerikal eingestellten Linksliberalen, den Weg an die Macht.

Alfred Dreyfus im Gefängnis 1895
© akg-images

Wirtschaftliche Rezession und neue Feindbilder

Während in Deutschland einerseits die Assimilierung der Juden weiter voranschritt, formierten sich in den Jahrzehnten vor der Reichsgründung andererseits die vornehmlich konservativen Gegner des Liberalismus und der Judenemanzipation und publizierten eine Vielzahl antijüdischer Schriften, fanden damit zunächst aber nur wenig Resonanz und blieben so in der Defensive. Mit der Gründung des Deutschen Reichs und der Verabschiedung der Reichsverfassung 1871 war zunächst ein weiterer Meilenstein in der rechtlichen Gleichstellung der Juden erreicht. Nur zwei Jahre später begann mit dem Börsenkrach von 1873 der Umschwung in der öffentlichen Meinung. Tatsächlich war die „Große Depression“ dieses Jahres allenfalls eine Rezession und hatte keine nachhaltigen wirtschaftlichen Folgen. Dennoch war mit dem Jahr 1873 der bis dahin weit verbreitete Zukunftsoptimismus und Fortschrittsglaube in die Krise geraten. Als Schuldige für diese Entwicklung wurden diejenigen ausgemacht, die als Profiteure des Liberalismus und der Moderne galten: „die“ Juden. Es entwickelte sich ein neues Feindbild. Die Juden wurden nun für alle negativen Folgen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels verantwortlich gemacht, vor allem für den Kapitalismus und den Sozialismus. Die Feindbilder spiegelten sich in Wortschöpfungen wie „Börsenjude“ und „Warenhausjude“ oder der Forderung nach Beendigung der „judenliberalen Herrschaft“ wider, aber auch die Formulierung „Die soziale Frage ist Judenfrage“ war weit verbreitet. Ebenso hatten alte Stereotype wie das des „Wucherers“ Bestand.

Aufkommen des Begriffs „Antisemitismus“

Die zunehmende rechtliche Gleichstellung der Juden und die parallel dazu verlaufende fortschreitende Assimilierung verliefen somit parallel zur Entwicklung und Ausbreitung neuer Vorurteile gegen Juden. In den folgenden Jahren wurden in einer Vielzahl von Publikationen die neuen Motive der Judenfeindschaft verbreitet. Zu den wichtigsten Agitatoren dieser Zeit zählten der Berliner Hofprediger Adolf Stöcker, der Berliner Historiker Heinrich von Treitschke oder der Journalist Wilhelm Marr, der als einer der Ersten den Begriff „Antisemitismus“ propagierte. Der Begriff eignete sich als zugängliches Schlagwort und breitete sich in den folgenden Jahren rasant aus. 1880 legte der Philosoph Eugen Dühring mit seinem Buch *Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Kulturfrage* den Grundstein für den rassistischen Antisemitismus. Hierin lag auch der entscheidende und letztlich fatale Unterschied zum religiös motivierten Antijudaismus: Juden wurden nun nicht mehr nur als Anhänger einer anderen Religion und Kultur betrachtet, sondern als „Artfremde“, als eigene „Rasse“ – und in dieser Logik stellte auch die Konversion zum Christentum keine Möglichkeit mehr dar, „Deutscher“ zu werden. Gerade mit Blick auf den weitverbreiteten Nationalismus war dieses Motiv zentral, wurde den Juden damit abgesprochen, dem Staat gegenüber verpflichtet zu sein und sich für ihn einzusetzen. „Blut“ und „Rasse“ wurden zur unüberwindbaren Trennlinie.



Eugen Dühring (um 1890)
© akg-images

Antisemitische Bewegungen

Auf dieser Grundlage formierten sich Bewegungen, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, die Gesellschaft antisemitisch zu durchdringen. Dabei handelte es sich um verschiedene Varianten des Antisemitismus, die teilweise in scharfer Konkurrenz zueinander standen, wie zum Beispiel der Antisemitismus konservativer oder völkischer Gruppen und der soziale Antisemitismus. Mit der zunehmenden politischen Partizipation entwickelten sich aus den verschiedenen antisemitischen Bewegungen erste Parteien, darunter die Christlich-Soziale Partei von Adolf Stoecker, die Soziale Reichspartei oder der Deutsche Volksverein, die sich jedoch nach ersten Wahlerfolgen Ende des 19. Jahrhunderts nicht dauerhaft etablieren konnten.

Verbreitung antisemitischer Feindbilder in der Gesellschaft

Auch wenn die Antisemiten sich politisch nicht durchsetzen konnten, hatten sie doch Erfolge im vopolitischen Raum und konnten hier ihre Vorurteile und Feindbilder verbreiten. Als empfänglich zeigten sich diejenigen, die besonders von der Industrialisierung und den damit einhergehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen betroffen waren: Handwerker, Bauern, Bürger und Adlige. Mit der vermeintlichen „Verwissenschaftlichung“ wurde der Antisemitismus schließlich auch unter Akademikern und Studenten akzeptabel. Antisemitismus wurde zu einem „kulturellen Code“. Zudem formierte sich parallel zum Niedergang der antisemitischen Parteien eine neue Sammlungsbewegung, die deren Antisemitismus aufgriff und mit einem fundamentalen Nationalismus und Sozialdarwinismus verband: die völkische Bewegung, die vor allem mit dem Alldeutschen Verband über eine einflussreiche Organisation verfügte. Nach dem Ersten Weltkrieg legten sie den Grundstein für den sich abermals politisch formierenden Antisemitismus.



4. Radikalisierung: Antisemitismus in der Weimarer Republik

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs waren viele Juden einerseits bestrebt, keine Zweifel an ihrer patriotischen Gesinnung aufkommen zu lassen und meldeten sich oftmals freiwillig zum Militärdienst. Im Gegenzug erhofften sie sich Anerkennung und Gleichstellung. Tatsächlich wurden Juden aber schon bald für den schleppenden Kriegsverlauf verantwortlich gemacht und wahlweise als Spione, Kriegsgewinnler oder Drückeberger diffamiert. Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass die Juden 1918/19 vielfach auch für die militärische Niederlage und die Schmach von Versailles pauschal verantwortlich gemacht wurden. Obwohl sich die Assimilierung der Juden in diesen Jahren auf ihrem Höhepunkt befand, wurde die in deutschnationalen Kreisen verhasste Weimarer Republik als „Judenrepublik“ verhöhnt. Eindringlich zeichnete auch der israelische Schriftsteller Amos Elon die Widersprüchlichkeit dieser Entwicklung in seinem Buch *The pity of it all* (2003) nach.

„Jüdischer Bolschewismus“ und „Weltverschwörung“

Neben den weiter bestehenden traditionellen Vorurteilen kam eine neue Spielart hinzu: Die Juden hätten den Kommunismus erfunden. Der „jüdische Bolschewismus“ wurde zum neuen Feindbild. Neue Nahrung erhielt zudem die alte Wahnvorstellung einer „jüdischen Weltverschwörung“. So wurden nach Kriegsende die erstmals 1903 in Russland veröffentlichten *Protokolle der Weisen von Zion* in Deutschland verbreitet. Die gefälschten „Protokolle“ sollten die Weltverschwörung belegen, waren tatsächlich aber das Werk des russischen Geheimdienstes. Ihre Wirkung verfehlten sie indessen nicht: Allein in Deutschland erschienen die Protokolle bis 1933 in 33 Auflagen.

Völkische Bewegungen und Nationalsozialismus

Die ersten Jahre der Republik waren nicht nur von einer andauernden Abfolge politischer und wirtschaftlicher Krisen überschattet, sondern auch von einer massiven Welle antisemitischer Gewalt: Morde, Angriffe auf Synagogen und Friedhofsschändungen blieben nicht die Ausnahme. Die Gewalt wurde dabei wesentlich forciert von den zahlreichen völkisch-antisemitischen Gruppierungen, Organisationen und auch Parteien, die sich nach dem Krieg gründeten. Dazu gehörte der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund ebenso wie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). Aber auch die 1918 gegründete Deutschnationale Volkspartei (DNVP) hatte besonders in ihren Anfangsjahren einen dezidiert antisemitischen Flügel. In den mittleren Jahren der Republik vertrat die Partei aber – nicht zuletzt aus Rücksicht auf ihre Koalitionspartner – einen „gemäßigten Antisemitismus“. Mit der Wahl Alfred Hugenburgs zum Parteivorsitzenden 1928 und der den Aufstieg der NSDAP begleitenden Radikalisierung des politischen Klimas trat der Antisemitismus der Deutschnationalen wieder offen und ungeniert zu Tage.

Unterstützung erfuhren die Juden hingegen insbesondere durch die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP), die aber bis zu den Reichstagswahlen 1932 auf 1 Prozent zusammenschrumpfte. Auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) wandte sich gegen den Antisemitismus, wenngleich auch Teile der Arbeiterschaft sich am Ende der Republik für antisemitische Parolen anfällig zeigten. Die nationalliberal ausgerichtete Deutsche Volkspartei (DVP) konnte sich, da sie wesentlich von nicht für ihre Judenfreundlichkeit bekannten Industriellen und dem Bildungsbürgertum getragen wurde, zu einem Bekenntnis gegen den Antisemitismus nicht durchringen.

Katholizismus und Judentum

Über das Verhältnis des katholischen Milieus zum Judentum wird bis heute diskutiert. Herrschte unter Historikern bis in die 1990er Jahre die Ansicht vor, Katholiken seien – von Ausnahmen abgesehen – mehrheitlich nicht antisemitisch eingestellt gewesen und aufgrund der eigenen Erfahrungen als Minderheit antisemitischen Strömungen gegenüber immun gewesen, wurde dieses Bild von Olaf Blaschke in Frage gestellt. In seiner 1997 erschienenen Dissertation *Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich* bezweifelt Blaschke die bislang gängigste These eines ambivalenten Verhältnisses der Katholiken zum Judentum, wie sie vor allem von Rudolf Lill vertreten wurde. So habe man, erklärte Blaschke, im katholischen Milieu zwischen einem „guten“ und einem „bösen“ Antisemitismus unterschieden. Der „böse“ rassistische Antisemitismus sei zwar abgelehnt worden, der „gute“ religiöse Antisemitismus habe hingegen zur Identität des (ultramontanen) Katholizismus gehört. Als Symbol für die verhasste Moderne und den von den Liberalen angezettelten Kulturkampf hätten die Juden als Feindbild gedient. Unwiderrspochen blieben Blaschkes Thesen nicht. Kritisiert wurde beispielsweise, dass er von einem homogenen katholischen Milieu ausging und auch regionale Unterschiede als gering veranschlagte. Die Haltung der Zentrumsfraktion im Reichstag, antijüdische Gesetze nicht mitzutragen, wertete er pauschal als rein opportunistisch ab. So blieben Blaschkes Thesen ähnlich undifferenziert wie frühere Interpretationen, nach denen Katholiken weitgehend frei von antisemitischen Tendenzen gewesen seien.

Verbreitung des Antisemitismus

Mit der politischen Stabilisierung der Weimarer Republik ging Mitte der 1920er Jahre auch der Antisemitismus in der Bevölkerung zurück, blieb jedoch in weiten Kreisen latent bestehen. Hinzu kam, dass selbst Bürger, die den Antisemitismus ablehnten, nur selten offen und engagiert für die Interessen der Juden eintraten. Besonders anfällig für den Antisemitismus und die Rasseideologien der völkischen Organisationen waren die Verlierer der neuen Ordnung: entlassene Militärs und Beamte, Bauern und Kleinhändler, verarmende akademische Schichten. Empfänglich zeigten sich aber nach wie vor auch Studenten. Trotz dieser Tendenzen war der Weg zur nationalsozialistischen Judenvernichtung keinesfalls vorgezeichnet. Tatsächlich spielte der Antisemitismus unter den vielen Gründen, aus denen ein großer Teil der Deutschen die NSDAP wählte, nicht die wichtigste Rolle. Darüber hinaus kam Adolf Hitler nicht durch die Reichstagswahlen vom November 1932 an die Macht, sondern durch die Unterstützung eines Teils der alten nationalkonservativen Eliten. Vor allem Franz von Papen, der bis 1932 der Zentrumsparterie angehört hatte, arbeitete im Januar 1933 auf eine Koalition aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen hin, auf die sich Hitler schließlich stützen konnte. Und ohne die Person Hitlers und dessen radikale Unterstützer hätte es die Judenvernichtung nicht gegeben.



5. Hitlers Antisemitismus und die Vernichtung der europäischen Juden

Obwohl Hitlers fanatischer Judenhasse keine große Rolle für seinen politischen Aufstieg spielte, war er doch schon früh offensichtlich. Nicht zuletzt seine Ausführungen in *Mein Kampf* ließen keine Zweifel an seinem unermesslichen Hass auf die Juden aufkommen. So verstand er die „Rassenfrage“ als Schlüsselfrage für das Schicksal nicht nur Deutschlands, sondern der Weltgeschichte überhaupt. Die „jüdische Rasse“ war für ihn ein „Parasit“, der für alles Schlechte auf der Welt verantwortlich war: den Kapitalismus, den Bolschewismus, den Marxismus – und die Demokratie. Die „Judenfrage“, so Hitlers Schlussfolgerung, hatte demnach für den Wiederaufstieg der deutschen Nation zentrale Bedeutung.

Dabei bediente er auch ein Ressentiment, das nach dem Ersten Weltkrieg weitverbreitet war: Die Juden seien für die Niederlage verantwortlich, und es wäre die Pflicht der Regierung gewesen, die „jüdischen Volksvergifter“ und „Verhetzer [...] unbarmherzig auszurotten“. Im zweiten Band erklärt er noch drastischer: „Hätte man zu Kriegsbeginn und während des Krieges einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten wie Hunderttausende unserer allerbesten deutschen Arbeiter aus allen Schichten und Berufen es im Felde erdulden mußten, dann wäre das Millionenopfer der Front nicht vergeblich gewesen.“ Zwar warnen Historiker heute davor, Hitlers hier verfasste Tiraden als Indiz dafür zu werten, er habe schon Anfang der 1920er Jahre den millionenfachen Mord an den Juden detailliert geplant. Doch – so urteilten auch die an der kritischen Edition des Instituts für Zeitgeschichte beteiligten Historiker zu Hitlers *Mein Kampf* – hielt er spätestens seit seiner Haft in der Landsberger Festung 1924 den Massenmord an zumindest einem Teil der Juden für unerlässlich.

Erbarmungsloser „Rassenkampf“

Die Mythen, auf die Hitler zurückgriff, waren nicht neu. Auch die Verbreitung radikal antisemitischer Schriften war in den 1920er Jahren keine Seltenheit. Ein Beispiel waren die bereits erwähnten *Protokolle der Weisen von Zion*. Radikal anders war aber zum einen die Tatsache, dass der einzige Weg zur Lösung der „Judenfrage“ in deren Vernichtung gesehen wurde. So prägte der israelische Historiker und Holocaust-Überlebende Saul Friedländer den Begriff des „Erlösungsantisemitismus“, nach dem der Schlüssel zur Errettung des deutschen Volkes und der ganzen Welt in der Lösung der „Judenfrage“ gelegen habe. Die wahnhaftige Utopie einer „judenfreien“ Welt, so Friedländer, konnte aber nur im Rahmen eines erbarmungslosen „Rassenkampfes“ realisiert werden, in dessen Folge die Ermordung der europäischen Juden stand. Zum anderen hatten andere antisemitische Gruppierungen keine Gelegenheit, ihre Programme zu verwirklichen – Hitler aber kam an die Macht und traf mit seinem Antisemitismus auf eine Bevölkerung, die gegenüber den seit Jahren von verschiedensten Organisationen und Parteien verbreiteten antijüdischen Parolen abgestumpft war. Auch von den konservativen Eli-

ten, die selbst in unterschiedlicher Ausprägung antisemitische Tendenzen aufwiesen, kam kein Protest. Im Zusammenspiel verschiedener Akteure gewann die antijüdische Politik so, stetig vorangetrieben von Hitler, an Dynamik.



Boykott jüdischer Geschäfte 1933
© SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

Dabei hoffte die Mehrheit der Juden, dass sich die antijüdische Politik mit der Machtkonsolidierung wieder mäßigen würde. Nach und nach wurden sie jedoch geächtet und diffamiert, aus der Gesellschaft ausgeschlossen, entrechtet und schließlich entmenschlicht. Nach der Boykottierung jüdischer Geschäfte und der Entlassung jüdischer Beamter 1933 sowie den Nürnberger Gesetzen 1935 setzte mit dem Pogrom vom 9. November 1938 eine neue Stufe der eskalierenden Gewalt gegen die Juden ein.



Antisemitische Flugschrift aus dem Jahr 1941

© ullstein bild – Archiv Gerstenberg

Zweiter Weltkrieg: Von der Verfolgung zur Vernichtung

Hatte ein wesentliches Ziel der antijüdischen Politik von 1933 bis 1939 noch in dem Bemühen gelegen, die Emigration der Juden aus Deutschland zu erzwingen, so markierte die beginnende Deportation deutscher Juden nach Polen im September 1939 den Übergang von der Verfolgung zur Vernichtung. In der Vernichtung der Juden hatte Hitler seit langem eine Notwendigkeit gesehen. Jetzt, im Krieg, galt dies – nicht zuletzt mit Blick auf seine Analyse der Gründe für die Niederlage im Ersten Weltkrieg – umso mehr. Der Krieg wurde somit zum entscheidenden Faktor und konnte in Hitlers Logik nur gewonnen werden, wenn alle „inneren Feinde“ ausgeschaltet würden. Da die Juden aber für alle Übel verantwortlich gemacht wurden, hatte deren Vernichtung oberste Priorität und schloss auch eine Ko-Existenz von Juden und Nicht-Juden aus. Der Kampf gegen den „Weltfeind“ könne nur in einem

vollständigen Sieg enden. Die völlige Vernichtung wurde zudem in perfider Wortwahl als „Notwehr“ und militärische Notwendigkeit betrachtet, da das Weltjudentum angeblich hinter dem Krieg stehe. Am 30. Januar 1939 erklärte Hitler, dass das Ergebnis eines von den Juden verschuldeten Krieges nicht der „Sieg des Judentums, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ sein werde.

Systematischer Massenmord

Zu Beginn des Krieges existierte noch kein systematischer Plan für den millionenfachen Mord. Erst als sich zeigte, dass die tausendfachen Erschießungen, die in den im Osten besetzten Gebieten durchgeführt wurden, teuer und aus der Sicht der Mörder wenig „effizient“ waren, wurde mit der Planung der „Endlösung“ begonnen. Im August/September 1941 wurde im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau die Ermordung durch Gas erprobt und von da an in weiteren Lagern durchgeführt. Die detaillierte Organisation des bereits begonnenen systematischen Massenmords wurde mit der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 beschlossen. Bis Mai 1945 fielen dem Wahn der Nationalsozialisten rund sechs Millionen Juden zum Opfer. Rund 2,75 Millionen wurden in den Vernichtungslagern systematisch durch das Blausäurepräparat Zyklon B ermordet.



6. Antisemitismus in der Bundesrepublik

Der Zusammenbruch des NS-Regimes und das Entsetzen über das bis dahin unvorstellbare Ausmaß des Völkermords an den europäischen Juden bedeutete keineswegs, dass damit auch dem Antisemitismus jeglicher Boden entzogen worden war. So lebten alte Vorurteile weiter, obwohl nach dem Holocaust kaum noch Juden in Deutschland lebten und nur die wenigsten Menschen Kontakt zu Juden hatten. Von den rund 250.000 Juden, die nach 1945 zunächst in Lagern für Displaced Persons (DPs) untergebracht worden waren, blieben nur etwa 12.000 dauerhaft in Deutschland und bauten sich – die meisten davon in Großstädten wie München, Frankfurt/Main oder Berlin – eine neue Existenz auf. Nachdem der erste Schock über die Verbrechen abgeebbt war und die eigene schlechte Versorgungslage nach dem Krieg in den Mittelpunkt trat, lebten alte Ressentiments wieder auf: Neid auf überlebende Juden, die bevorzugt versorgt wurden, und Verschwörungstheorien, nach denen – ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg – das „Weltjudentum“ für Krieg und Niederlage schuld sei.

Eine im Dezember 1946 in der US-amerikanischen Besatzungszone durchgeführte Umfrage kam zu dem erschreckenden Ergebnis, dass 40 Prozent der Bevölkerung nach wie vor Antisemiten seien, weitere 22 Prozent Rassisten und 19 Prozent Nationalisten. Nur 20 Prozent der Bevölkerung, so die Studie, seien frei von Vorurteilen. Eine Welle von Friedhofsschändungen 1947 sowie Konflikte mit jüdischen DPs schienen die dramatische Lage zu bestätigen. Vor diesem Hintergrund erklärte der US-Militärgouverneur John J. McCloy im Sommer 1949, dass der Umgang Deutschlands mit den Juden ein Prüfstein für seine Anerkennung in der Weltgemeinschaft werde.

Wiedergutmachung in der Ära Adenauer

Während der Antisemitismus in der Bevölkerung weiter bestand, verurteilten alle neu- und wiedergegründeten Parteien die Verbrechen der Nationalsozialisten und die Rassenpolitik. Die Verurteilung des Antisemitismus und des Völkermordes gehörte auch für den ersten deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer zur Staatsraison. Für ihn war klar, dass der erste völkerrechtliche Vertrag der Bundesrepublik der Wiedergutmachung dienen müsse. „Wir mussten das Unrecht, das den Juden angetan worden ist von den Nationalsozialisten soweit gut machen, wie das irgend möglich war“, erinnerte er sich später. Schon kurz nach seiner Wahl zum Bundeskanzler 1949 signalisierte er seine Bereitschaft, Entschädigungszahlungen zu leisten, wobei neben den unzweifelhaft vorhandenen moralischen Motiven auch die Intention, Deutschland wieder zu einem geachteten Mitglied der westlichen Völkergemeinschaft zu machen, eine wichtige Rolle spielte. Mit dem Luxemburger Abkommen von 1952 sollte ein erster Schritt getan werden. Gleichwohl waren Adenauers Bemühungen keineswegs unumstritten. Die Verabschiedung des Wiedergutmachungsabkommens, mit dem sich die Bundesrepublik zur Zahlung von drei Milliarden DM an Israel sowie weiterer 450 Millionen DM an die Jewish Claims Conference verpflichtete, setzte er schließlich gegen Widerstand auch in den eigenen Reihen durch.

Historische Aufarbeitung und Aufklärung

Große Bedeutung wurde ferner der historischen Aufarbeitung sowie der Aufklärung über den Nationalsozialismus beigemessen. Mit dem 1949 gegründeten Institut für Zeitgeschichte in München sowie der 1953 gegründeten Bundeszentrale für politische Bildung (damals: Bundeszentrale für Heimatdienst) entstanden schon in den ersten Jahren der Bundesrepublik zwei Einrichtungen, die sich bis heute der Erforschung der nationalsozialistischen Diktatur verschrieben haben. Auf politischer Ebene wurde zudem 1952 mit dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP), der selbsterklärten Nachfolgepartei der NSDAP, ein deutliches Signal gesetzt.

Auseinandersetzung mit dem Holocaust in den Kirchen

Ebenso bemühten sich nach 1945 die Kirchen, frühere antisemitische Tendenzen abzustreifen. Die Katholische Kirche setzte sich auf der Fuldaer Bischofskonferenz 1945 kritisch mit dem Nationalsozialismus auseinander und sprach auch die eigene Mitschuld an. So hätten sich viele Deutsche, auch Katholiken, von den falschen Lehren verführen lassen und seien zu Verbrechen geworden. Die Verbrechen an den Juden wurden dabei aber noch nicht explizit genannt. Erst in der Erklärung *Nostra aetate* des Zweiten Vatikanischen Konzil 1965 beklagte die Katholische Kirche „alle Hassausbrüche, Verfolgungen und Manifestationen des Antisemitismus“, die aus religiösen Motiven erfolgt waren. Mit dem *Wort zur Judenfrage* des Bruderrats der EKD 1948 sowie 1950 auf der Synode in Berlin-Weißensee befasste sich auch die Evangelische Kirche mit der eigenen Schuld an der Judenverfolgung und erteilte jedwedem Antisemitismus eine Absage.

Strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechern

Bis heute umstritten und mit Widersprüchen behaftet bleibt dagegen die strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung von NS-Verbrechern. Das Scheitern der Weimarer Republik vor Augen, war es Adenauers oberstes Ziel, die Bundesrepublik zu stabilisieren und auch ehemalige Nationalsozialisten zu integrieren und für die Demokratie zu gewinnen. Mit dem Kalten Krieg trat die Aufarbeitung der Verbrechen in den 1950er Jahren zunächst in den Hintergrund.

Antisemitische Schmierwelle 1959/60

Entsetzen löste dagegen eine Welle antisemitischer Schmierereien zur Jahreswende 1959/1960 aus. Am 24. Dezember 1959 hatten in Köln zwei Männer die erst wenige Monate zuvor im Beisein von Konrad Adenauer eingeweihte Synagoge mit Hakenkreuzen und dem Schriftzug „Deutsche fordern Juden raus“ beschmiert und ein Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus mit schwarzer Farbe übergossen. Der Vorfall wurde zum Auftakt einer bundesweiten „Schmierwelle“, in deren Verlauf Synagogen und jüdische Friedhöfe mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen beschmiert und geschändet wurden. Rund 470 Fälle wurden registriert. Am 16. Januar 1960 verurteilte Bundeskanzler Adenauer die Schändungen, kündigte an, dass Polizei und Justiz mit aller Schärfe gegen die Täter vorgehen würden, und sicherte den jüdischen Mitbürgern Schutz zu. Mit dem schon im April 1960 verabschiedeten „Volksverhetzungsgesetz“ sollten „nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppen“ geschützt werden.



Schmierereien an der Kölner Synagoge 1959
© dpa – Bildarchiv

Verjährungsdebatte im Deutschen Bundestag

Nicht nur die antisemitische „Schmierwelle“ 1959, auch der Eichmann-Prozess 1961 und die Auschwitz-Prozesse ab 1963 führten zu einer vertieften Auseinandersetzung mit dem Holocaust. Die Debatte im Deutschen Bundestag um die Frage der Verjährung aller vor 1945 begangenen Verbrechen wurde zu einer Sternstunde des Parlaments. Vor dem Hintergrund des im Grundgesetz verankerten Verbots rückwirkender Gesetze war die Verjährungsfrage umstritten. Unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit rangen die Abgeordneten am 10. und 13. März 1963 um eine Lösung. In der CDU plädierte der spätere Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Ernst Benda in einer emotionalen Rede für die Verlängerung der Verjährungsfrist. Unter Hinweis auf die große politisch-moralische Verantwortung setzten sich die Befürworter durch und erreichten eine Verlängerung um fünf Jahre. Nach einer weiteren Zwischenlösung hob der Bundestag 1979 die Verjährungsfrist für Mord schließlich gänzlich auf.

Rückkehr rechtsextremer Parteien

Parallel erstarkten in den 1960er Jahren abermals rechtsextreme Parteien. Für die Schändung der Kölner Synagoge wurden zwei Mitglieder der Deutschen Reichspartei (DRP) – Arnold Strunk und Paul Schönen – verurteilt. 1964 wurde die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) gegründet und zog in den Jahren 1966/1967 in mehrere Landtage ein. 1968 erzielte sie

mit 9,8 Prozent der Stimmen das beste Landtagswahl-Ergebnis ihrer Geschichte und verpasste ein Jahr später nur knapp den Einzug in den Bundestag. Nach 1969 geriet die Partei jedoch in Flügelkämpfe und hatte in den 1970er- und 1980er-Jahren keine politische Bedeutung mehr.

„Sekundärer Antisemitismus“

In den 1980er-Jahren zeigten Umfragen die bis dahin niedrigsten Werte bei antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung. Die Ausstrahlung der Serie *Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiß* im Jahr 1979 markierte einen Meilenstein in der Erinnerungskultur. Es waren weniger die „68er“, die den selbst erhobenen Anspruch eingelöst haben, in breiten Bevölkerungsschichten zur Aufarbeitung der Vergangenheit beigetragen zu haben, sondern es war dieses mediale Ereignis, das zu einer vertieften Beschäftigung der Öffentlichkeit mit dem Massenmord an den Juden geführt hat. Gleichwohl verschwand vor allem der latente Antisemitismus nicht ganz und pendelte sich in Umfragen bei rund 20 Prozent der Bevölkerung ein. Während dabei alte Erscheinungsformen, Mythen und Ressentiments nach 1945 fortbestanden, entstand parallel der sogenannte „sekundäre Antisemitismus“: In Folge des Massenmords an den Juden trat der Antisemitismus nun in Form von Holocaust-Leugnung, Schuldabwehr, Relativierung und Aufrechnung gegen andere Verbrechen in Erscheinung.

Linker Antisemitismus

Galt Antisemitismus über Jahrzehnte als ein Phänomen rechtsextremistischer Gruppen und Parteien, änderte sich dies insbesondere mit dem Sechstagekrieg 1967 in Israel. Hatte die politische Linke vor allem auch in Westdeutschland nach der Staatsgründung zunächst noch Sympathien für die sozialistischen Träume in Israel und insbesondere für die Kibbuz-Bewegung, so markiert 1967 den sichtbaren Paradigmenwechsel. Der vor allem in den Staaten des Ostblocks verbreitete Antizionismus wurde nun auch verstärkt von der politischen Linken im Westen vertreten. Dabei verband sich der traditionelle antikapitalistische Antisemitismus zunehmend mit Antiamerikanismus – und Israel galt seit dem Sechstagekrieg als „Erfüllungsgehilfe“ des „amerikanischen Imperialismus“, die Palästinenser dagegen als wehrlose Opfer. Bekannt sind heute Äußerungen von „68ern“ wie Fritz Teufel oder Dieter Kunzelmann, der 1969 in einem öffentlichen Brief dazu aufforderte, den „Judenknax“ abzulegen und sich mit der palästinensischen Fatah zu solidarisieren. Vermischt wurde der Antizionismus dabei auch mit Motiven aus dem sekundären Antisemitismus: Zum einen wurden die Juden in dieser Lesart nicht länger als Opfer, sondern als Täter portraitiert. Außerdem wurde ihre Politik mit der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten verglichen. Schließlich knüpfte der in diesem Zusammenhang geäußerte Vorwurf einer kapitalistischen jüdisch-amerikanischen Allianz aber auch an alte Mythen einer jüdischen Weltverschwörung an. In Deutschland gingen in der Folge Teile der fanatischen Linken Allianzen mit arabischen Terroristen ein, die ihren blutigen Höhepunkt im „deutschen Herbst“ 1977 nahm. Die Verbindungslinien zwischen radikalen Linken, Antisemitismus und Terrorismus nimmt auch der Historiker Wolfgang Kraushaar in seinem 2013 erschienenen Buch *Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?* in den Blick.



7. Antisemitismus in der DDR: Ablehnung jeglicher Verantwortung

In der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR war der Umgang mit den überlebenden Juden und der Verantwortung für die Verbrechen im Nationalsozialismus wesentlich vom heraufziehenden Ost-West-Konflikt und der damit einhergehenden Systemkonkurrenz geprägt. So galten der Antisemitismus und die Schrecken des Holocaust als reines Werk des Nationalsozialismus und des Faschismus. Mit der politischen und gesellschaftlichen Umgestaltung und dem Neuaufbau des demokratischen Sozialismus im Osten galt der Antisemitismus als „mit der Wurzel ausgerottet“. Verantwortung für die geschehenen Verbrechen zu übernehmen, lehnte die Staatsführung ab. Die Schuldigen sah man allein in der Bundesrepublik.

Weder Entschädigung noch Wiedergutmachung

Vor diesem Hintergrund wurde Antisemitismus generell als nicht existent betrachtet und in der Folge auch keine wissenschaftliche oder gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema angestoßen. Entschädigungen oder Rückerstattungen an Juden wurden abgelehnt mit dem Hinweis, dass die Gründung der „antifaschistischen“ DDR an sich bereits Entschädigung und Wiedergutmachung sei. Zwar wurden Juden nach dem Krieg zunächst bevorzugt behandelt und mit Blick auf die gemeinsamen Erfahrungen von Juden und Kommunisten in den Konzentrationslagern zeitweise auch als Opfer des Faschismus anerkannt. Gerade die Rückgabe von Eigentum widersprach aber der sozialistischen Ideologie und der damit einhergehenden Kollektivierungspolitik.

Schauprozesse und Säuberungen

Die Gründung des Staates Israel 1948 führte für die Juden in der DDR, aber auch im Ostblock insgesamt, zu einer deutlichen Verschlechterung ihrer Lage. So wurde die Gründung zunächst begrüßt, hoffte man doch, dass sich hier ein neuer kommunistischer Staat etablieren würde. Doch als die Hoffnungen auf ein sozialistisches Israel schwanden, unterstützte die Sowjetunion in der Folge die arabischen Staaten und verurteilte Israel als imperialistischen, von den USA gesteuerten aggressiven Staat. Die DDR folgte dem außenpolitischen Kurs Moskaus. Als in Folge der Staatsgründung sowjetische Juden Sympathie mit Israel bekundeten, wurden sie unter Josef Stalin aus dem politischen Leben verdrängt. Der Schauprozess gegen den aus einer jüdischen Familie stammenden Generalsekretär der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, Rudolf Slánský, heizte die antijüdische Stimmung weiter an und übertrug sich auch auf die DDR. In der SED kam es zu Säuberungen und Ermittlungen gegen „zionistische Agenten“. Jüdische Gemeinden wurden durchsucht und angehalten, Israel öffentlich zu verurteilen. Bis 1952 flohen über 1000 Juden aus der DDR in den Westen.

Antizionismus als Staatsdoktrin

Erst mit Stalins Tod 1953 endete die antijüdische Kampagne und es setzte eine ruhigere Phase ein. Der scharfe Antizionismus entwickelte sich dennoch zu einem festen Bestandteil der Staatsdoktrin der DDR. Nach dem Sechstagekrieg 1967 brachen fast sämtliche Staaten des Ostblocks die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab und unterstützten fortan die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO und arabische Terrorgruppen. Israel wurde als bloßes Werkzeug amerikanischer Imperialisten gebrandmarkt und des Völkermords am palästinensischen Volk verurteilt. Damit einher ging eine Relativierung des Holocausts und der erneute Vorwurf, Juden seien nicht länger Opfer, sondern Täter. Mit ihrer Unterstützung für die arabischen Staaten verfolgte die DDR aber auch ganz eigene Interessen. So erhoffte sich die Staatsführung durch eine breite Anerkennung im arabischen Raum die Durchbrechung der Hallstein-Doktrin, nach der die Bundesregierung es als einen „unfreundlichen Akt“ betrachtete, wenn dritte Staaten die DDR völkerrechtlich anerkannten, mit ihr diplomatische Beziehungen aufnahmen oder aufrecht erhielten.

Leugnung antisemitischer Gewalt

Dabei legte die DDR-Führung stets größten Wert darauf, dass Antizionismus sich gegen den imperialistischen Aggressor Israel richtete und von Antisemitismus scharf zu trennen sei. Tatsächlich bestanden aber auch in der DDR wie im gesamten Ostblock nach 1945 antisemitische Tendenzen fort. Zum einen gab es unter SED-Funktionären traditionelle antisemitische Ressentiments, nach denen in den „reichen Juden“ der alte Klassenfeind gesehen wurde. Zum anderen kam es auch in der DDR zu antisemitischen Gewalttaten: So blieb die Welle von Friedhofsschändungen 1947 nicht auf die Bundesrepublik beschränkt. Auch in der SBZ kam es zu gewaltsamen Zerstörungen auf jüdischen Friedhöfen. Gleiches gilt für die „Schmierwelle“ in der Bundesrepublik 1959: Lange wurde verschwiegen, dass es auch in der DDR zwischen 1960 und 1962 fast 3000 Fälle antisemitischer Schmierereien gab. Führten derartige Vorfälle im Westen jedoch zu einer kollektiven Verurteilung, wurden sie im Osten totgeschwiegen. Mit Michail Gorbatschows Politik der Glasnost und Perestroika verbesserte sich die Situation der Juden im Ostblock, und auch die DDR bemühte sich um ein besseres Verhältnis zu Israel. Doch erst im April 1990 bekannte sich die 10. Volkskammer – die erste und letzte freigewählte parlamentarische Versammlung in der Geschichte der DDR – zur Mitverantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen, zu einer israelfreundlichen Politik und gegen antisemitische Diskriminierungen.



8. Antisemitismus in der Bundesrepublik nach 1990

Mit dem Fall der Mauer war im In- und Ausland vielfach die Sorge verbunden, dass sich im wiedervereinigten Deutschland ein neuer Nationalismus ausbreiten könne, der wiederum antisemitische Tendenzen verstärken könne. Tatsächlich zeigten sich die Einstellungen der Deutschen in West- und Ost weitgehend stabil: Während in der alten Bundesrepublik ein positives Israelbild vorherrschte, aber nach wie vor rund 20 Prozent der Bevölkerung von einem latenten Antisemitismus geprägt waren, war die Lage in der früheren DDR genau andersherum. Hier wirkten die antizionistischen Kampagnen der vergangenen Jahrzehnte fort und führten zu einem negativen Israelbild, während andererseits niedrigere Werte bei antisemitischen Einstellungen zu verzeichnen waren. Die Unterschiede zwischen West und Ost glichen sich aber bis zum Ende des Jahrzehnts weitgehend einander an. Auch die Sorge, dass die Erinnerung an den Holocaust und das Bewusstsein für die Verantwortung Deutschlands in den Hintergrund treten würde, bestätigte sich nicht. Die öffentliche Debatte um die Planung eines Denkmals für die ermordeten europäischen Juden in Berlin oder die Einführung des Holocaust-Gedenktags am 27. Januar zeigten, dass die Erinnerung noch immer einen zentralen Stellenwert hatte.

Wiedererstarken rechtsextremer Parteien

Die Nachwendejahre waren gleichzeitig geprägt von einem Erstarken rechter Gruppierungen. Schon Ende der 1970er Jahre war die „Neue Rechte“ entstanden. Rechtsextreme Parteien wie die NPD, die Deutsche Volksunion (DVU) oder die Republikaner gelangten vor und nach 1990 zeitweise in einige Landtage, konnten sich jedoch nie dauerhaft in den Parlamenten etablieren. Damals wie auch nach der Wende konzentrierten sich die Agitationen dabei in erster Linie auf die Asyl- und Ausländerpolitik. Antisemitismus blieb dennoch immer ein fester Bestandteil rechtsextremer Ideologie, und so ging mit der Gewalt gegen Einwanderer und Asylbewerber immer auch eine Zunahme von antisemitischen Straftaten einher. Diese Welle erreichte Anfang der 1990er Jahre sowie 2001/2002 neue Höhepunkte. Die rechtsradikale Szene gehörte damit nach wie vor zu den Hauptträgern antisemitischer Gewalt. Doch auch in der gesellschaftlichen Mitte gab es nach wie vor Antisemitismus. Dabei ging es meist um den Umgang mit der NS-Vergangenheit, die individuelle Verantwortung, den Wunsch, endlich einen Schlussstrich zu ziehen, und den Vorwurf, Juden würden die Schuldgefühle der Deutschen verlängern und sich am Holocaust bereichern.

Anhaltender linker Antisemitismus

Neben dem rechten Antisemitismus hielt nach der Wende auch der linke Antisemitismus an und zeigte sich dabei besonders stark in kritischen Phasen des Nahostkonflikts. Nach wie vor galt Israel als brutaler Aggressor und Gefährder des Weltfriedens und wurde explizit des „Genozids“ an den Palästinensern beschuldigt. Auch wurden die Juden als „rachsüchtig“ dargestellt, ein Motiv, das seit dem Mittelalter propagiert wurde. Zudem hatten alte anti-kapitalistische Ressentiments Bestand, nach denen Juden als Träger des „internationalen

Finanzkapitals“ diffamiert wurden. Die politische Charta der Hamas, die bis zu einer kürzlichen Änderung des Textes ausdrücklich zur Zerstörung Israels und Tötung von Juden auf der ganzen Welt aufruft, wird in solchen Darstellungen dagegen nicht erwähnt. Heute ist im radikalen linken Spektrum selbst die Aussage, dass der „Fortbestand Israels der Lösung des Nahostkonflikts“ im Wege stehe, kein Tabu mehr. Als Ursache sehen Antisemitismusforscher diffuse Ängste, Globalisierungskritik und einen manifesten Antiamerikanismus sowie Antiliberalismus.

Muslimischer Antisemitismus

In den letzten Jahren wurde einer weiteren Erscheinungsform des Antisemitismus zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt: dem muslimischen oder islamistischen Antisemitismus, der in Europa erstmals im Zuge des eskalierenden Nahostkonflikts 2002 in Erscheinung trat. Vor allem jugendliche Muslime identifizierten sich mit den Palästinensern. Die antisemitische Propaganda, die über das Internet, über manche lokale arabische Fernsehsender oder durch islamistische Organisationen in Europa verbreitet wird, bleibt nicht ohne Wirkung in den politischen Einstellungen und Haltungen. Seit 2015 wurde deshalb mit Blick auf den hohen Anteil an Geflüchteten aus arabisch geprägten Ländern die Frage aufgeworfen, inwieweit diese Flüchtlinge aus ihrer ursprünglichen Heimat auch starke antisemitische Bilder und Haltungen nach Deutschland mitgebracht hätten. Statistiken liefern hier oft ein widersprüchliches Bild. Einigkeit herrscht aber in der Ansicht, dass antisemitische Einstellungen bei Muslimen in Europa stärker präsent sind als bei Nicht-Muslimen. Zudem kann ein Zusammenhang zwischen Gewaltausbrüchen im Nahostkonflikt und verstärktem Antisemitismus festgestellt werden. Ob aber der Nahostkonflikt, der zweifelsfrei eine zentrale Rolle im muslimischen Antisemitismus spielt, Ursache oder Auslöser antisemitischer Gewalt ist, gehört zu den umstrittenen Fragen der Antisemitismusforschung.

So war Antisemitismus schon lange vor der Staatsgründung Israels 1948 verbreitet und speiste sich einerseits aus antisemitischen Ressentiments, die bis ins Mittelalter zurückreichten und im Islam begründet waren, in Teilen aber auch von Christen in den arabischen Raum getragen worden sind. Für die Verbreitung des Antisemitismus im 20. Jahrhundert spielte vor allem die Entwicklung des arabischen Nationalismus und die Entstehung islamistischer Bewegungen eine wesentliche Rolle, aber auch die Verbindungen zum deutschen Nationalsozialismus trugen dazu bei, dass sich der Antisemitismus im arabischen Raum zu einer folgenschweren Feindschaft manifestierte.

Alte Mythen

Die Mythen und Spielarten des muslimischen Antisemitismus sind derweil nicht neu, in seinen extremen Ausprägungen aber radikaler. So vermischt sich der auf die Vernichtung Israels ausgerichtete Antizionismus mit alten Mythen wie der „jüdischen Weltverschwörung“ oder des Ritualmords. Weite Verbreitung finden auch heute erneut die *Protokolle der Weisen von Zion*. Ebenso gehören die Leugnung des Holocausts oder die Verwendung von Nazi-Symbolik zum Repertoire des muslimischen Antisemitismus. Nicht zuletzt verbindet sich mit dem muslimischen Antisemitismus auch ein ausgeprägter Antiamerikanismus. Forscher warnen heute jedoch auch vor einer pauschalen Stigmatisierung von Muslimen, die möglicherweise vielfach erst in Deutschland in Folge einer mangelhaften Integration und eigener Erfahrungen mit Ausgrenzung und Diskriminierung Antisemitismus entwickelten.



9. Resümee

Abschließend bleibt festzustellen, dass Antisemitismus heute in allen politischen Lagern anzutreffen ist. Die Grenzen des Sagbaren haben sich seit einigen Jahren verschoben. Nicht zuletzt die Freiheit des Internets hat dazu beigetragen, die Hemmschwelle herunterzusetzen und antisemitische Propaganda zu verbreiten.

Ein Blick auf die heute gängigen Motive des Antisemitismus zeigt dabei schnell: nationalistische Globalisierungskritik und Antikapitalismus, Antiamerikanismus und Antizionismus stehen in einem engen Zusammenhang und vermengen sich mit Stereotypen und Verschwörungsmethoden, die nicht selten bis ins Mittelalter zurückreichen. Hier treffen sich heute Links- und Rechtsextreme mit islamistischen Gruppen – und auch Teilen der politischen Mitte. Die hier entstehenden Allianzen sehen Antisemitismusforscher besonders kritisch und appellieren, Antisemitismus nicht als Problem der jeweils „anderen Seite“ zu verharmlosen. Dabei sei gerade der als Israelkritik „getarnte“ Antisemitismus leicht zu entzaubern: So dürfe die Politik einer Regierung immer kritisiert werden – solange nicht die Bürger dieses Staates oder gar Juden weltweit pauschal verantwortlich gemacht werden oder das Existenzrecht des Staates grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Darüber hinaus müssen die Ursachen und Wirkungen des muslimischen Antisemitismus weiter erforscht werden. Für sämtliche Spielarten des Antisemitismus gilt, dass Begriffsvermischungen durch präzisere Formulierungen vermieden werden sollten. Auch bei den Kriterien zur Erfassung antisemitischer Straftaten ist es dringend geboten, diese transparent zu machen und zu vereinheitlichen.

Das Gedenken an den Holocaust wird indessen immer eine Sonderrolle in der deutschen Erinnerungskultur einnehmen. Jegliches Relativieren oder Aufrechnen mit anderen Verbrechen ist ohne Einschränkung abzulehnen und zu verurteilen.

10. Literatur

B Benz, Wolfgang: Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments. Schwalbach/Ts. 2015.

Bergmann, Werner: Geschichte des Antisemitismus. München 2002. (5. durchgesehene Auflage 2016)

Bergmann, Werner, Wyrwa, Ulrich: Antisemitismus in Zentraleuropa. Darmstadt 2011.

Blaschke, Olaf: Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich. Göttingen 1997.

Brakel, Alexander: Der Holocaust. Judenverfolgung und Völkermord. Berlin-Brandenburg 2008.

Bundesministerium des Innern: Zweiter Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus der Bundesregierung 2017 <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.html>

Experiences and perceptions of antisemitism – Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU der Europäischen Agentur für Grundrechte 2018 https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2018-experiences-and-perceptions-of-antisemitism-questionnaire_en.pdf

F Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. München 1998 und 2006. Mein Kampf. Eine kritische Edition. Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin von Christian Hartmann, Thomas Vordermayer, Othmar Plöckinger, Roman Töppel. München 2016.

G Glöckner, Olaf: Moralische Sieger? Linksintellektuelle „Israelkritik“ zwischen Provokation, Demagogie und Antisemitismus, in: Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden 2015.

H Holz, Klaus: Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft. Hamburg 2005.

L Lipstadt, Deborah: Der neue Antisemitismus. München 2018.

N Nonn, Christoph: Antisemitismus. Darmstadt 2008.

S Salzborn, Samuel: Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie. Baden-Baden 2014.

Schwarz-Friesel, Monika: Antisemitismus 2.0 und die Netzkultur des Hasses. Judenfeindschaft als kulturelle Konstante und kollektiver Gefühlswert im digitalen Zeitalter. Ergebnisse der DFG-geförderten Langzeitstudie der Technischen Universität Berlin 2018 https://www.linguistik.tu-berlin.de/fileadmin/fg72/Antisemitismus_2-0_kurz.pdf



Impressum

Die Autorin

Dr. Kathrin Zehender ist wissenschaftliche Referentin der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Ansprechpartner

Dr. Michael Borchard

Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-Demokratische Politik

T +49 30 / 26 996-3581

michael.borchard@kas.de

PD Dr. Matthias Oppermann

Leiter der Abteilung Zeitgeschichte

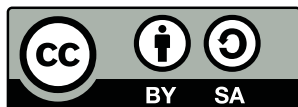
T +40 30 / 26 996-3812

matthias.oppermann@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019, Berlin

Gestaltung & Satz: yellow too Pasiek Horntrich GbR



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite:

Mahnmal des amerikanischen Architekten Peter Eisenman zur Erinnerung an die ermordeten Juden Europas in der historischen Mitte Berlins

© Ulrich Baumgarten/Süddeutsche Zeitung Photo

